

Ein Barnim für alle.

Wir wollen eine Vision, für die es zu Leben lohnt

Der Barnim, zwischen Berliner Stadtrand und der Uckermark, zwischen Oder und Oder- Havel-Kanal ist eine Region voller Gegensätze. Einerseits bietet er auf über fünfzig Prozent ausgedehnte Walder, Felder und zahlreiche Seen sowie viele kleine Angerdörfer, andererseits dicht besiedelte Gemeinden insbesondere am Berliner Stadtrand. Hier leben über 177 000 Menschen.

20 000 mehr als 1990. Viele haben hier ihre Arbeit und ihren Lebensmittelpunkt mit Freundinnen und Freunden, Familie und Freizeitaktivitäten in Sport-, Kultur- und anderen Vereinen.

Dennoch ist nicht alles zufriedenstellend in unserem Landkreis. Auf dem Weg zu einer sozialen, gerechten und umweltfreundlichen Region sind wir nur ein kleines Stück vorangekommen. Noch immer leben zu viele Kinder im Barnim in Armut. Noch immer haben bei weitem nicht alle, die das wollen, einen Job. Noch immer wirken die Hartz-IV- Gesetze. Vor allem bei den Kosten der Unterkunft wird der Druck auf die Familien von Langzeitarbeitslosen noch verschärft. Noch immer haben nicht alle Menschen den gleichen Zugang zu Bildung und Kultur. Immer länger müssen Menschen zum Arzt fahren oder beim Arzt warten. Immer häufiger sind Menschen auf ein eigenes Auto angewiesen, weil immer seltener der Bus im eigenen Dorf hält. Noch immer hat die Gesellschaft keine ausreichende Antwort auf die demografische Entwicklung.

Wir wollen, dass trotz des demografischen Wandels, trotz geringer werdender finanzieller Mittel für die Kommunen unser Barnim auch zukünftig lebens- und lebenswert für alle hier Lebenden ist.

In den letzten Jahren wurde immer deutlicher, dass es kein Konzept für die weitere Entwicklung des gesamten Barnim gibt. Die ländlichen Regionen werden mehr und mehr abgehängt und kreisliche Projekte verkommen zu Prestigeobjekten der Kreisverwaltung ohne Einbindung in eine Gesamtstrategie für alle Kommunen im Landkreis.

Dieses Leitbild soll unser Vorschlag sein, wie ein Barnim in dem alle gut leben können entwickelt werden kann.

Mit der alten Formulierung „Der Barnim ... ist eine Region voller Gegensätze“ führt auch der neue Entwurf des Leitbildes der Linken des Barnim-Kreises den Leser in die sinnlose und sinnleere Scheinwelt der kapitalistischen Medien. Bewusst oder unbewusst lenkt sie die Menschen von den wirklichen Problemen und Widersprüchen im Barnim-Kreis, in Deutschland, in Europa und in der ganzen Welt ab. Oder meint die Linke tatsächlich, dass die demographische Entwicklung in den kleinen Angerdörfern und im „Speckgürtel“ von Berlin ihren Wählern „unter die Haut“ geht?

Allein die folgenden Sätze „Dennoch ist nicht alles zufriedenstellend in unserem Landkreis.“ und „Auf dem Weg zu einer sozialen, gerechten und umweltfreundlichen Region sind wir nur ein kleines Stück vorangekommen.“ werfen schon genug Fragen auf.

Was ist denn angesichts des erbarmungslosen Profitstrebens der Konzerne, der damit verbundenen massiven Ausbeutung, der sinkenden Löhne und Gehälter, der hohen Arbeitslosigkeit, der wachsenden Lebenshaltungskosten (Mieten, Nahrungsmittel, Strom, Gas usw.), der zunehmenden Armut, der miserablen Bildung, des diskriminierenden Gesundheitswesens von den Linken des Barnim-Kreises tatsächlich erreicht worden? Auf welchen Gebieten sind sie (die PDL) ein „kleines Stück“ vorangekommen? Sind das nicht Fragen, die den mündigen Wähler wirklich interessieren?

Der nächste Absatz „ Wir wollen, dass trotz des demographischen Wandels, trotz geringer werdender Mittel für die Kommunen unser Barnim auch zukünftig lebens- und lebenswert für alle hier Lebenden ist.“ schlägt dem Fass den Boden aus. Wohl wissend, dass wir in einer kapitalistischen Gesellschaft leben und dass das Streben nach Maximalprofit der einzige Sinn und Inhalt des Kapitals ist, erklärt die PDL des Barnim-Kreises ihren Wählern, dass sie mit ihrem Leitbild – wie auch immer – dafür sorgen wird, dass wir weiter alle gut leben können. Mit der gleichen Logik könnten sie auch erklären: „Wir sorgen dafür, dass die Sonne auch nachts scheint!“.

Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge ist unser Weg

Wohnen im Barnim

Seit zwanzig Jahren erleben wir im Barnim einen leichten Zuwachs der Bevölkerung, was insbesondere auf die Erweiterung der Wohngebiete in den Gemeinden Ahrensfelde, Bernau, Panketal und Wandlitz zurückzuführen ist. Dieser Zuwachs stellt an die betreffenden Kommunen hohe Herausforderungen hinsichtlich der Entwicklung der begleitenden Infrastruktur - wie Kitaeinrichtungen, Versorgungseinrichtungen für Lebensmittel sowie Waren des täglichen Bedarfs - aber auch für die gesundheitliche Versorgung und für die Betreuung von Seniorinnen und Senioren.

Gleichzeitig zeichnet sich ein Wohnungsmangel insbesondere in den Städten Bernau und Eberswalde, vor allem für Singlewohnungen, altersgerechte Wohnungen und Wohnungen für Großfamilien und Wohngemeinschaften unterschiedlichen Alters ab. Dazu bedarf es neuer Entwicklungs- und Umbaukonzepte, die gemeinsam mit den Kommunen und deren Wohnungsgesellschaften zu erarbeiten sind.

Hierfür schlagen wir lokale **Arbeitsgemeinschaften „bedarfsgerechtes Wohnen“** vor. Privatisierungen von Wohnraum kommen für uns nicht in Frage, eher sollte es zu einer verstärkten Initiative der kommunalen Gesellschaften im Bereich des Wohnungsneubaus kommen.

Auch die Mietpreise steigen in hohem Maße in vielen Kommunen. Als ersten Schritt fordern wir die flächendeckende Einführung von **qualifizierten Mietspiegeln** in allen Kommunen, um zumindest kurzfristig enorme Mietsteigerungen zu verhindern. Gemeinsam mit den Wohnungseigentümerinnen und Wohnungseigentümern wollen wir für einen stabil bezahlbaren Wohnraum für alle Einkommensgruppen werben.

Uns ist wichtig, dass bei weiteren infrastrukturellen Entwicklungen vor allem in den städtischen Gebieten keine weitere Inanspruchnahme von Natur-, Agrar- und Forstflächen erfolgt. **„Kommunale Ökokonten“** sind kommunale Naturschutzinstrumente zur Regelung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Sie können helfen, mit den vorhandenen Flächen sorgsamer umzugehen und Altlasten besser zu beseitigen.

Die von Bevölkerungsrückgang betroffenen Gemeinden sind zu unterstützen, einen bedarfsorientierten Rückbau von Wohnflächen vorzunehmen und freiwerdende Flächen der ökologischen und städtebaulichen Nutzung zu übergeben.

Die Hauptüberschrift „Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge ist unser Weg“ wird äußerst leichtfertig von den Linken in den Raum gestellt. Sie ist falsch und irreführend! Wissen die Linken nicht, dass die Daseinsvorsorge, d.h. die wichtigsten von den Kommunen zu erbringenden Leistungen für ein sinnvolles und würdiges Dasein unserer Bürgerinnen und Bürger, in den 90iger Jahren des vorigen Jahrhunderts an skrupellose und profitsüchtige Unternehmen verkauft wurden?

Ich wiederhole deshalb (siehe „Anmerkungen zum Leitbild der Linken des Barnim-Kreises 2012“): Der Verkauf des so genannten „Tafelsilbers“ der Kommunen (Transport- und Verkehrswesen, Strom-, Gas- und Wasserversorgung, Müll- und Abwasserentsorgung, Wohnraum u.v.a.m.) erfolgte damals mit dem festen Versprechen der neuen Eigentümer, dass

- *die Städte und Gemeinden erhebliche Kosten einsparen werden,*
- *die Bevölkerung besser und effizienter versorgt wird,*
- *die Preise für die Leistungen der Daseinsvorsorge sinken werden,*
- *mehr Arbeitsplätze geschaffen werden und dass*
- *die Städte und Gemeinden an den Gewinnen der Unternehmen beteiligt werden.*

Alle diese Versprechen wurden weder von den vier großen Weltenergiekonzernen E.ON, RWE, Vattenfall Europe, EnBW noch von den anderen Konzernen der „Daseinsvorsorge“ eingehalten.

Im Gegenteil, die Kosten und Preise für alle Leistungen der Daseinsvorsorge sind erheblich gestiegen und werden auch in Zukunft weiter steigen, viele Tausende Arbeitsplätze wurden und werden weiter abgebaut, die Qualität und Quantität der Service- und Dienstleistungen hat sich erheblich verschlechtert und die letzten kommunalen Güter, Dienstleistungen, materiellen und immateriellen Ressourcen, Natur- und Bodenschätze werden im Rahmen des Beschleunigungsgesetzes zur Umsetzung der Öffentlich-Privaten-Partnerschaften verramscht.

D.h., die bisher auf das Gemeinwohl orientierten staatlichen und kommunalen Einrichtungen, ihre Leistungen und Güter für den Bürger unterliegen damit nur noch den harten Gesetzen des Konkurrenzkampfes und dem Streben der Unternehmen nach Maximalprofit.

Die aktuellen Entwicklungen bei E.ON bestätigen diese Aussagen (siehe

http://www.dr-schacht.com/Die_Daseinsvorsorge_wurde_endqueltig_abgeschafft.pdf).

Wie wollen die Linken des Barnim-Kreises mit lokalen Arbeitsgemeinschaften „bedarfsgerechtes Wohnen“ die bestehenden Eigentumsverhältnisse ändern? Wie wollen sie die laufenden Privatisierungsprozesse im Rahmen der Öffentlich-Privaten-Partnerschaften aufhalten?

Sicherung der Mobilität

ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben aller Barnimerinnen und Barnimer, egal wo sie wohnen. Dazu halten wir die Erarbeitung einer detaillierten Bedarfsanalyse für eine wichtige Voraussetzung.

Da wir davon ausgehen müssen, dass in Zukunft die Mittel für den öffentlichen Personennahverkehr weniger werden, bedarf es insbesondere intelligenter Mobilitätsangebote, die einerseits den Bedarf an Mobilität berücksichtigen und in denen andererseits die vorhandenen Mittel effizient eingesetzt werden.

Ein Großteil des Busverkehrs orientiert sich am notwendigen Schülerverkehr in unserem Landkreis. **Dieser ist bedarfsgerecht zu sichern und beitragsfrei für alle Schülerinnen und Schüler ab dem ersten Kilometer zu gestalten.**

Um auch von und nach Berlin die Mobilität zu gewährleisten, sind noch bessere Verbindungen zwischen Schienen- und Busverkehren zu entwickeln. Mit dem Land und dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg ist eine höhere Verkehrszeitendichte der Regionalbahn RE3, insbesondere zu den Pendelzeiten, zu verhandeln. **Ein 30-Minuten - Takt auf dieser Strecke ist möglich und muss umgesetzt werden.**

Der Regionalbahnhof in Bernau muss auch künftig erhalten bleiben und darf nicht für einen möglichen 10-Minuten-Takt der S-Bahn eingetauscht werden.

Gleichzeitig ist die Bedeutung der S-Bahn für die vielen Berufspendlerinnen und Berufspendler des Niederbarnims nach Berlin zu berücksichtigen. So plädieren wir für die Einführung des **10-Minuten-Taktes der Berliner S-Bahn von und nach Bernau**. Statt der weiteren Ausdünnung muss die Verlängerung der **Heidekrautbahn** nach Berlin- Gesundbrunnen perspektivisch in Angriff genommen werden.

Damit mehr Menschen das Auto stehen lassen und Bus oder Bahn benutzen, sprechen wir uns für mehr P+R-Plätze sowie Fahrradabstellmöglichkeiten an Umsteigeplätzen aus. Darüber hinaus gilt es, die Erreichbarkeit aller öffentlichen Stellen aus den ländlichen Gebieten zu vertretbaren Fahrtzeiten zu ermöglichen und die Größe der Transportmittel der Auslastung anzupassen.

Angesichts der abnehmenden Bevölkerungszahl in den Dörfern ist das Modell der **Ruftaxen** stärker zu favorisieren und eine entsprechende Akzeptanz in der Gesellschaft zu entwickeln. Wir sehen dies als eine Aufgabe, welcher sich die Kommunalpolitik solidarisch und ortsübergreifend widmen muss.

Projekte wie beispielsweise eine kreislich organisierte und geforderte Mitfahrzentrale werden in anderen Landkreisen getestet und sollten im Barnim erprobt werden.

Carsharing-Projekten wie bspw. in Panketal stehen wir offen gegenüber und können insbesondere in ländlichen Regionen eine wichtige Einrichtung sein.

Wir stehen für den Erhalt des Eberswalder **O-Busses** als umweltfreundliches Verkehrsmittel.

Damit alle Menschen Bus und Bahn nutzen können, stehen wir für die dauerhafte **Etablierung des Mobilitätstickets** für alle Bedürftigen. Ein fahrscheinloser ÖPNV im Barnim ist ernsthaft zu prüfen und Modellprojekte gerade in den Ballungsräumen müssen gestartet werden.

Die Tarif-Waben des VBB sind so auszuhandeln, dass eine Kommune jeweils innerhalb der gleichen Wabe liegt.

Die Attraktivität des FuG- und Radverkehrs ist zu erhöhen. Der Barnim hat bereits ein gut entwickeltes Radwegenetz. Dieses ist jedoch innerstädtisch und insbesondere an den Fernverkehrsstraßen noch nicht durchgängig ausgebaut und bedarf, insbesondere zur weiteren Verbesserung der Schulwege, eines vollständigen Lückenschlusses.

Der Ausbau der **Telekomstraße in Eberswalde zu einer Fahrradstraße** ist für uns eine echte Alternative.

Bei der weiteren Sanierung und dem Neubau von FuGwegen in den Barnimer Gemeinden sprechen wir uns klar für die Umsetzung barrierefreier Wege und Übergänge aus. FuGgängerzonen können wichtige gesellschaftliche, kommunikative und erlebnisorientierte Elemente der Stadtgestaltung sein, weshalb wir diese in einkaufsintensiven Bereichen in Bernau, Eberswalde und Werneuchen befürworten.

Zur Verringerung der innerstädtischen Verkehrsbelastung (Lärm, Feinstaub) sind alle Maßnahmen intelligenter Verkehrsleitplanung zu nutzen. Mittelfristig sehen wir die Notwendigkeit, die Verkehrsbelastungen des Durchgangsverkehrs in Ahrensfelde (B 158), Bernau (L200) und Eberswalde (B 167) zu reduzieren.

Die erneute Aussage der Linken „Sicherung der Mobilität ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben aller Barnimerinnen und Barnimer, egal wo sie wohnen.“ gehört inzwischen ohne Zweifel zu den politischen Stilblüten des 21. Jahrhunderts. Wissen die Linken nicht, was der Mensch für ein selbstbestimmtes Leben braucht oder tun sie nur so? Wie soll ein Bürger der Unterschicht ein selbstbestimmtes Leben realisieren? De facto keine kostenlose Bildung (KITA, Vorschulbildung, Fach- und Hochschulausbildung)! Kein Recht auf Arbeit! Keine gleichgestellte soziale und gesundheitliche Betreuung! Kein Recht auf freie Meinungsäußerung in den Medien! Maßlose Ausbeutung und Erniedrigung!

Deshalb bleibe ich bei meiner Aussage (siehe „Anmerkungen zum Leitbild der Linken des Barnim-Kreises 2012“):

Der Satz „Die Sicherung der Mobilität ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben aller Barnimerinnen und Barnimer, egal wo sie wohnen.“ in einem Leitbild der „Linken“ ist ohne Zweifel eine Schande und ein Skandal zugleich. In einer Zeit, in der die Banken und Konzerne die absolute Macht haben und alles bestimmen, in der die Menschen, welche eine Arbeit haben, doppelt und dreifach ausgebeutet werden, in der viele Millionen Menschen ihr Recht auf Arbeit nicht wahrnehmen können, in der weltweit wieder Kriege inszeniert und geführt werden, in der ganze Völker in Not, Elend und Hunger getrieben werden und in der uns die Massenmedien Tag für Tag verblöden von einem selbstbestimmten Leben zu sprechen, ist einfach ein Hohn.

Wie greift die PDL mit ihren Vorstellungen über die o.g. Verkehrs- und Straßenbauprojekte in die privaten Unternehmen ein? Wer stellt die finanziellen Mittel dafür bereit?

Stärkung von Handel und Versorgung

Ein großes Problem für nichtmotorisierte Barnimerinnen und Barnimer in den ländlichen Bereichen ist die Versorgung mit den Waren des täglichen Bedarfs. Nach wie vor sehen wir in der Unterstützung von Regionalmärkten eine Chance für Erzeugerinnen und Erzeuger einerseits und Verbraucherinnen und Verbraucher andererseits, preiswert Frischeprodukte zu handeln bzw. zu erwerben. Neben der Forderung der lokalen und regionalen Land-, Gemüse- und Obstwirtschaft ist damit auch eine **Stärkung der Regionalmarke** möglich. So wollen wir die regionale, ökologische und gentechnikfreie Agrarproduktion unterstützen. Ein Modellprojekt „**Mobile Tante Emma-Laden und „Shoppingtransporte**“ zum nächstliegenden Lebensmittelladen sehen wir als Chance zur Sicherung der Versorgung der insbesondere älteren Bevölkerung auf dem Land. Sie können eine sinnvolle Ergänzung der Bäckerei, Gemüse, Wurst- u. Fleischmobile sein.

Im Leitbild der Linken des Barnim-Kreises können die Wähler der Linken sicher etwas mehr als die Beschreibung eines Zustandes verlangen. Wie, wann, wo und mit welchen Mitteln wird die ältere Bevölkerung auf dem Lande von den Linken unterstützt? Ansonsten ist das nur Geschwätz, welches niemand zu etwas verpflichtet.

Sicherung von Bildung und Ausbildung

Mit der Barnimer Bildungsinitiative wurden die materiellen Lern- und Arbeitsbedingungen für die Schülerinnen und Schüler in kreisgeleiteten Schulen in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Wir setzen uns für einen „**Kooperationsverband Schule Barnim**“ ein, in dem die finanziellen Mittel des Landkreises mit denen der Kommunen zusammengeführt werden und so eine Angleichung der materiellen Bedingungen in allen Schulen des Barnim gewährleistet werden kann. Alle Kinder müssen überall im Landkreis die gleichen Chancen auf Bildung erhalten. Egal ob in Bernau oder Joachimsthal, die Schulen müssen qualitativ gleiches Niveau anbieten. Jede Schule muss mit einem **Schulsozialarbeiter** ausgestattet sein.

Im Bereich der Kitaeinrichtungen fordern wir, tatsächliche Sicherung des gesetzlichen **Betreuungsschlüssels** in den Einrichtungen, Kindertagesstätten sind für uns prioritär zu fordern. Wir werden dafür streiten, dass das **Vorschuljahr beitragsfrei** gestaltet wird, dazu sind auch Forderungen durch den Landkreis nötig. Die Entwicklung von Kinder- und Jugendparlamenten in den Gemeinden verstehen wir als eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe.

Eine bedeutende Herausforderung ist die Entwicklung stabiler **Patenschaftsbeziehungen** zwischen weiterführenden Schulen und Unternehmen der Region, um dem rasch zunehmenden Nachwuchsmangel in den Unternehmen zielgerichtet zu begegnen. Hiervon nehmen wir das Unternehmen „Bundeswehr“ ausdrücklich aus. Werbung für Kriegseinsätze hat an unseren Schulen nichts zu suchen.

Wir wollen umfassende Bildung und Ausbildung vor Ort und im Barnim sichern. Das bedeutet die Forderung aller Grund- und Oberschulen, Oberstufenzentren, Gymnasien, Berufsschulen, Fachschulen, Volkshochschulen und auch Musikschulen.

Dabei setzen wir uns dafür ein, dass Bildung und Erziehung sich von Beginn an, an den Prinzipien einer inklusiven Gesellschaft orientiert.

Eine gemeinsame Ausbildungsinitiative „**Nachwuchs Barnim**“ von Verbänden der Unternehmerinnen und Unternehmer mit Unterstützung von Politik, Gewerkschaften und Verwaltung soll dazu beitragen, dass Barnimerinnen und Barnimer gerne in ihrem Landkreis lernen, leben und arbeiten. Jeder junge Mensch muss im Barnim einen Ausbildungsplatz mit Perspektive und gutem Lohn im Landkreis erhalten.

Die **Jugendhilfe** darf im Barnim keinen weiteren finanziellen Kürzungen unterliegen und Antragsverfahren für Vereine und Verbände müssen transparent und vereinfacht werden. Die Forderung von **Kultur und Jugendarbeit** ist für uns eine prioritäre Aufgabe. Hier muss der Zugang aller gesichert werden.

„Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube!“ (Goethe). Allein schon der erste Satz im Pkt. „Sicherung von Bildung und Ausbildung“ weckt ernsthafte Zweifel, weil die Linken ihren Wählern nicht nachweisen, welchen konkreten Beitrag sie mit welchen Mitteln zur „deutlichen Verbesserung“ der Lern- und Arbeitsbedingungen für die Schülerinnen und Schüler geleistet haben. In der deutschen Politik wird immer etwas „deutlich verbessert“ oder „deutlich gemacht“. Wer noch aufmerksam zuhört, der wird von diesen nichtssagenden Wortschöpfungen förmlich erschlagen. Keine Chance für eine kritische Auseinandersetzung!

Wenn alle Schüler die gleiche Chance auf Bildung erhalten sollen, dann müssen sie (die PDL) zunächst die gesellschaftlichen Verhältnisse ändern. Frau von der Leyen – die künftige Kanzlerin - wird den Linken den Vogel zeigen. Sie und alle ihre adligen Mitstreiter werden immer dafür sorgen, dass ihre Bildung die Beste in Europa ist und bleibt. Nur sie sind dank ihrer Geburt von Gott berufen uns – die Unterschicht – zu führen.

Wie sie, liebe Genossen, gemeinsam mit den Unternehmern und den Politikern dazu beitragen wollen, dass jeder junge Mensch im Barnim einen Ausbildungsplatz mit Perspektive und guten Lohn erhalten soll, ist sicher nicht nur mir ein Rätsel. Warum nur im Barnim? Warum nicht in ganz Deutschland? Im Moment geschieht genau das Gegenteil! Immer mehr junge, z.T. sehr gut ausgebildete und talentierte Menschen (sogar mit sehr guten Abschlusszeugnissen von Hochschulen und Universitäten), müssen im Rahmen von so genannten Praktika kostenlos arbeiten. Die Unternehmer haben schnell begriffen, dass sie auf diese Art und Weise bei geringsten Kosten viel Geld verdienen können. Wie gut und intensiv Praktikanten in der Hoffnung auf eine feste Anstellung arbeiten, kann sich jeder vorstellen. Eine Einstellung erfolgt nach Ablauf des Praktikums in der Regel nicht. Begründung: „Aus „Kostengründen“ und wegen des „harten Wettbewerbs“ können wir Sie leider nicht einstellen!“. Der nächste Praktikant steht schon vor der Tür. Ein Teufelskreis, der von der Politik offensichtlich großzügig geduldet und akzeptiert wird.

Was tut die PDL des Barnim-Kreises konkret gegen diese und andere Formen der brutalen Ausbeutung (z.B. Zeitarbeit, Billiglöhne) durch die Unternehmen?

Ich wiederhole (siehe „Anmerkungen zum Leitbild der Linken des Barnim-Kreises 2012“):

Im Bildungsbericht der Bundesregierung des Jahres 2012 heißt es:

Deutschland muss nach Ansicht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung deutlich (also nichts!) mehr in Bildung investieren. Die OECD-Studie bescheinigt Nachholbedarf in fast allen wichtigen Bereichen. Auch bei den Bildungsausgaben bleibt Deutschland mit 4,8 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts auf einem der letzten Plätze. Nur die Türkei, die Slowakei, Spanien und Irland gaben noch weniger Geld für Bildung aus.

Gute Arbeit

Deshalb ist für uns die Durchsetzung des Vergabegesetzes für öffentliche Aufträge im Landkreis ein guter kommunaler Beitrag für dieses Ziel. Nicht Niedriglohngebiet, sondern „Hier gib'ts gutes Geld für gute Arbeit“ soll der Arbeitskräfte-Werbeslogan des Barnim sein. Den kommunalen Unternehmen kommt hierbei eine besondere Verantwortung zu. Dabei hat der Barnim bereits eine Vorreiterrolle im Vergleich zu anderen Landkreisen. So ist die öffentliche Hand mit seinen Kommunalunternehmen, der Gesellschaft für Gesundheit und Leben (GLG), der Barnimer Dienstleistungsgesellschaft mbH (zur Abfallentsorgung), der Barnimer Energiegesellschaft, der

Barnimer Busgesellschaft und den Stadtwerken Bernau und den Kommunalen Wohnungsgesellschaften unter anderem in Bernau, Eberswalde und Werneuchen, ein leistungsstarker Partner für die ortsansässige Wirtschaft.

Wir setzen uns nicht nur für die **strikte Beachtung der Lohnuntergrenze** nach dem Vergabegesetz, sondern auch für die stete Verbesserung der Arbeitsbedingungen gerade auch in den kommunalen Unternehmen ein. Wir wenden uns entschieden **gegen prekäre Arbeitsverhältnisse** in kommunaler Trägerschaft und in anderen Unternehmen. DIE LINKE setzt sich für die weitere Stärkung des kommunalen Wirtschaftssektors u. a. durch Gründung weiterer **Eigenbetriebe oder durch Beteiligung an Genossenschaften** und anderen Unternehmen ein, sofern deren Tätigkeit wirtschaftlichen Erfolg verspricht und dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Eine weitere Privatisierung kommunalen Eigentums lehnen wir genauso ab wie Public Privat Partnership-Projekte. Wir begrüßen die von der Landesregierung beschlossenen Regelungen, die eine erweiterte wirtschaftliche Betätigung der Kommunen ermöglicht.

Zugleich plädiert unsere Partei für eine enge wirtschaftliche Kooperation zwischen den Kommunen z. B. in Form von **Einkaufsgemeinschaften**.

Wir unterstützen die Bestrebungen der Kommunen zur Schaffung eines investitionsfreundlichen Umfelds durch spezifische Maßnahmen beim Ausbau der Infrastruktur und der Wohn- und Betreuungseinrichtungen. Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen sollte möglichst in **kleinen Losen erfolgen und diese vorrangig an regionale Unternehmen vergeben werden**. Erbrachte Leistungen sind pünktlich zu bezahlen. Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass die Kreissparkasse ihrer Rolle als bedeutender Kreditgeber für die regionale Wirtschaft gerecht wird.

Die unbürokratische Forderung von Klein- und Mittelständischen Betrieben durch die Landesregierung soll noch stärker gemeinsam mit den Dienstleistungsangeboten der Barnimer Wirtschaftsförderung dazu beitragen, dass sich Unternehmen im Barnim ansiedeln und sesshaft werden. Dabei wollen wir die traditionellen Unternehmen im Barnim unterstützen, hier auch künftig ihre Heimat zu sehen, ihre Produktion zu sichern und Absatzmöglichkeiten zu erweitern. Auch dazu sollen in verstärktem Maße regionale Produktkataloge und Regionalmärkte dienen.

An dieser Stelle kann ich nur wiederholen (siehe [1]):

Nach der offiziellen Bundesstatistik gab es im November 2012 in Brandenburg 125.171 Arbeitslose (davon im Barnim-Kreis 8.694) und 165.238 Unterbeschäftigte (davon im Barnim-Kreis 11.518). Damit gehört der Barnim-Kreis im Vergleich mit den anderen Landkreisen (insgesamt 18) des Landes Brandenburg zu den vier schlechtesten Kreisen hinsichtlich Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Womit begründet die „Linke“ diese Vorreiterrolle des Barnim-Kreises?

Schnelles Internet auf dem Land

Der Zugang zu digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien ist im Barnim noch nicht für alle gleichberechtigt möglich. Dies führt auch in unserem Landkreis zu einer Spaltung der Gesellschaft entsprechend der vorhandenen Informationsmöglichkeiten, die es in einer Demokratie nicht geben darf. Auch für die weitere Ansiedlung von Unternehmen der Kreativwirtschaft ist der Ausbau eines bezahlbaren Breitband-Internet unerlässlich. Eine digitale Grundversorgung muss nicht ausschließlich über DSL bereitgestellt werden. Als alternative Trägermedien kommen insbesondere Richtfunk (WiMAX) und Rundfunkfrequenzen in Frage. Wir plädieren für eine gesellschaftliche, an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtete Regulierung der Frequenzvergabe. Der Landkreis steht hier in der Verantwortung alle Forderungen der Landesregierung in Anspruch zu nehmen und kurzfristig die Möglichkeit eines Internetzugangs in

allen Orten des Barnim zu gewährleisten. Darüber hinaus treten wir für die Beibehaltung des freien und gleichen Informationsflusses im Netz ein.

Dass eine Gesellschaft in eine Menschengruppe mit Informationsmöglichkeiten (mit Internetzugang) und in eine Menschengruppe ohne Informationsmöglichkeiten (ohne Internetzugang) gespalten werden kann, ist offensichtlich eine neue Entdeckung der Linken des Barnim-Kreises, die wissenschaftlich noch begründet und vertieft werden muss. Wenn wir unterstellen, dass alle Arbeitgeber einen Internetanschluss besitzen, die Arbeitnehmer jedoch nur zum Teil, dann wird die soziale Spaltung der Gesellschaft besonders augenscheinlich. Haben sich vielleicht deshalb die Linken der Lösung dieses Problems zugewandt, um den klassischen Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital zu überwinden und um die Demokratie (Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit) wieder herzustellen? Wird die Kluft zwischen Arm und Reich dadurch kleiner?

Ich wiederhole (siehe „Anmerkungen zum Leitbild der Linken des Barnim-Kreises 2012“):

Im so genannten Armut- und Reichtumsbericht kommt die Bundesregierung zum Ergebnis, dass der Wohlstand in Deutschland insgesamt gewachsen ist, aber nur wenige davon profitieren. In den vergangenen zwei Jahrzehnten verdoppelte sich der private Reichtum, das Nettovermögen der privaten Haushalte in Deutschland, auf rund zehn Billionen Euro. Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung besaßen im Jahr 2008 53 Prozent des Nettogesamtvermögens, 1998 waren es noch 45 Prozent. Die unteren 50 Prozent der Bevölkerung halten gerade ein Prozent des Vermögens - vor vier Jahren waren es noch fast vier Prozent (Quelle: Sendung der ARD am 23.09.2012).

Gesundheit

Die Region Barnim-Uckermark hat sich in den vergangenen Jahren zu einer Gesundheitsregion entwickelt. Mit den leistungsfähigen Krankenhäusern in Bernau und Eberswalde, der diakonischen Einrichtung in Lobetal sowie zahlreichen Pflege- und Altenheimen ist der Gesundheitsbereich das Segment, in dem die meisten Beschäftigten im Barnim arbeiten. Eine dauerhafte Herausforderung für die Zukunft bleibt es dennoch, die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum zu sichern.

Dafür sehen wir kurz- und mittelfristig die Möglichkeit des Einsatzes **mobiler Arztpraxen** unter dem Dach der GLG. Insbesondere der Ersatz von in Ruhestand gehenden Hausärztinnen und Hausärzten ist u.a. durch stärkeres Werbemanagement der Kommunen zu sichern. Die **Festanstellung von Haus- und Fachärzten** muss gerade in ländlichen Räumen durch die GLG, dem Landkreis und den Krankenkassen in Angriff genommen werden. **Ambulante Dauerdienste** müssen eingerichtet werden, um die Rettungsstellen der Krankenhäuser zu entlasten.

Warum gehen immer weniger Bürgerinnen und Bürger zum Arzt? Weil sie im Falle einer Krankschreibung pro Tag 30% weniger Lohn oder Gehalt bekommen? Weil sie in bestimmten Fällen ihren Arbeitsplatz verlieren? Weil sie kein Vertrauen zu den Ärzten und zu ihren Diagnosen haben? Weil sie Angst haben, dass sie vom Arzt zu unnötigen und teuren Operationen getrieben werden? Weil sie Angst haben, dass sie für bestimmte Medikamente und Behandlungen viel Geld zuzahlen müssen? Weil sie Angst haben, dass ihre schlimmsten Befürchtungen vom Arzt bestätigt werden?

Der Arzt im Kapitalismus ist zum Manager eines Unternehmens verkommen, der bei allen seinen Handlungen mit den Patienten den Gewinn (Profit) nie aus den Augen verlieren darf. Schon allein deshalb steht der Privatpatient (seine Krankenkasse zahlt für eine Behandlung das 5- bis 10-fache im Vergleich zum Kassenpatienten) immer im Vordergrund. Der Kassenpatient stellt eine zusätzliche Belastung dar, die im hohen Maße unwirtschaftlich ist und deshalb schnell und effektiv abgearbeitet werden muss.

Die damit in der Gesellschaft entstandenen Widersprüche sind nicht lösbar. Sie dienen der Spaltung und sind deshalb von den Mächtigen des Landes auch so gewollt. Auch aus diesem

Grund werden 70 Millionen Versicherte von 144 Krankenkassen finanziert!

Warum gehen die Linken des Barnim-Kreises im Thema „Gesundheit“ nicht auf diese und andere Probleme ein? Gehört das Gesundheitswesen nicht zu einem der sensibelsten Bereiche der Daseinsvorsorge? Das Streben nach Maximalprofit in diesem Bereich ist einfach widerlich, unsozial und letztendlich unerträglich.

Die Ausführungen der Linken des Barnim-Kreises zum Thema „Gesundheit“ gehören deshalb in die Rubrik der Märchen.

Natur & Umwelt

Barnims Slogan „ErneuerBAR“ zeigt den hohen Anspruch des Landkreises, für private Haushalte, Unternehmen und kommunale Einrichtungen der Gemeinden, bei der Einsparung und effektiven Nutzung von Energie, Vorreiter und Beispiel zu sein. Wir unterstützen alle Initiativen der Kommunen, **kommunale Klimaschutzprogramme** zu erstellen und sukzessive umzusetzen. Wir werben für ein kreisliches Förderprogramm, welches diese gemeindlichen Initiativen unterstützt und so aktiv die Null-Emissions- Strategie des Landkreises unterstützt.

Bei der Entwicklung kommunaler Einkaufsgemeinschaften orientieren wir **die regionale Energieproduktion** und langfristig auf die **Übernahme der regionalen Energienetze**.

Eine echte Energiewende kann nur gelingen, wenn die Energieerzeugung in vielen dezentralen Anlagen, die in Bürgerhänden der Einheimischen sind, erfolgt. Große Gewinne bleiben vor Ort, Arbeitsplätze und Wertschöpfung zu Hause. Die Preise für die Energie werden am Ort der Erzeugung ausgehandelt und der Bedarf an Mega-Leitungen reduziert sich. Die Akteure der Energiewende „von unten“ sind die Bürgerinnen und Bürger der Kommunen, die Landwirt/innen, die Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen und private Investoren. Da die Energieerzeugung hauptsächlich im ländlichen Raum stattfindet, bekommt die Beziehung zwischen den Dörfern und den Städten eine neue Dimension.

Wir setzen uns für eine verstärkte und rechtzeitige Einbeziehung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger in die Planungen von Investitionsprojekten im Energiebereich - und anderswo - zur Erhöhung ihrer Akzeptanz ein und wollen am Dialog aktiv mitwirken. Partnerinnen und Partner sollen vordergründig die Unternehmen vor Ort sein. Ein „Energieverband Barnim“ zum Beispiel in Form von **Kreiswerken**, unter Einbeziehung aller kommunaler Unternehmen ist unser langfristiges Ziel und ist ein Schritt hin zur weiteren Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Den Erhalt der Wasserqualität unserer Seen und deren öffentliche Nutzung sehen wir als eine wichtige Voraussetzung zur Stärkung des Tourismusstandortes Barnim. Deshalb setzen wir uns für eine Rekommunalisierung des Wandlitzsees ein.

Wer hat den Linken so viel Unsinn und so viel Falsches erzählt? Warum glauben sie alles und geben den Unsinn auch noch kritiklos weiter? „Erneuerbare Energien“ gibt es nicht. Deshalb ist der Begriff auch falsch. Nach dem Energieerhaltungssatz von Robert Mayer kann Energie physikalisch gesehen weder verbraucht, erneuert oder produziert werden. Sie kann auch nicht verschwinden! Energie wird stets umgewandelt, z.B. Kohle in Strom, Strom in Licht und/oder Wärme. Die Menge an Energie bleibt stets die gleiche. Deshalb heißt das physikalische Gesetz auch „Energieerhaltungssatz“. Der Begriff „Erneuerbare Energie“ wurde von „Fachleuten“ und „Spezialisten“ eingeführt, die von der Materie „Energie“ keine blasse Ahnung haben. Offensichtlich meinten sie, die Sonnenenergie, d.h. die Kernfusion von Wasserstoff in Helium, sei unbegrenzt. In Wirklichkeit wird die Reichweite oder Lebensdauer der Sonne von den Physikern auf etwa 5 Milliarden geschätzt. In wesentlich kürzerer Zeit als die Lebensdauer der Sonne, d.h. in einigen hundert Millionen Jahren, bilden sich auf der Erde sogar wieder Erdöl und Erdgas. Warum bezeichnen wir sie nicht ebenfalls als „Erneuerbare Energien“? Für die den Menschen ins Gehirn gebrannten Begriffe der Energiegewinnung aus den nicht vorhandenen „Erneuerbaren Energien“

würde sich besser der Begriff „Alternative Energien“ oder „Nachhaltige Energien“ eignen. Denn die

Sonnenenergie wird jetzt und in den nächsten Milliarden Jahren nicht schneller verbraucht als neu gebildet. Die fossilen Brennstoffe dagegen wesentlich schneller als sie sich neu bilden. Gegen die Aussagen der Politiker und Massenmedien haben jedoch die Fachleute der Energiewirtschaft keine Chance. Betrachten wir deshalb den unsinnigen Begriff „Erneuerbare Energien“ künftig als ein Synonym für den Einsatz von nicht traditionellen Rohstoffen für die Stromgewinnung.

Hinsichtlich der Aussagen der Linken des Barnim-Kreises zur regionalen Energieproduktion und zur Übernahme der regionalen Energienetze ist folgendes festzustellen:

1. In den 90iger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurden die kommunalen Anlagen für die Versorgung der Bevölkerung mit Strom und Gas (darunter auch die Netze) an private Unternehmen verkauft (siehe Pkt. „Wohnen im Barnim“).
2. Die Energieerzeugungsanlagen und Netze gehören deshalb heute und damit natürlich auch in Zukunft den vier großen Weltenergiekonzernen E.ON, RWE, Vattenfall Europe und EnBW.
3. Mit den Netzen und Energieerzeugungsanlagen verdienen die Weltenergiekonzerne nach eigenen Aussagen inzwischen so viel Geld, dass sie auf den Verkauf von Strom und Gas großzügig verzichten können. Sie überlassen dieses Geschäft anderen Unternehmen und verdienen durch die so genannten Durchleitungs- und Netznutzungsgebühren trotzdem gut daran.
4. Die vier Weltenergiekonzerne werden nach eigenen Aussagen ihren Besitz, der seit vielen Jahren die Quelle riesiger Profite bildet, freiwillig nie wieder hergeben. Wer das trotzdem versucht, wird mit einer Armee von Rechtsanwälten konfrontiert - natürlich mit den besten der Welt!
5. Die Privatisierung der Daseinsvorsorge ist letztendlich die eigentliche Ursache, d.h. die Wurzel der absurden „Neuen Energiepolitik“. Um zu sichern, dass die Profite der Konzerne auch in den kommenden Jahren weiter kräftig steigen, wurden die bekannten Klima-Szenarien geschaffen (CO₂-Emission, globale Erwärmung, Weltuntergang, kein Strom aus Atom usw.). Das Schreckensszenarium der „Globalen Erwärmung“ wird den Menschen jeden Tag – sogar an kalten Wintertagen - von den Politikern und Medien förmlich ins Gehirn gebrannt. Wer wagt da noch zu zweifeln? Die Gretchen-Frage lautet deshalb: „Wem nutzt die Jahrhundertlüge vom drohenden Weltuntergang durch die globale Erwärmung, durch die CO₂-Emission, durch den Einsatz der Kernenergie ...? Offensichtlich nur den Energiekonzernen!“
6. Dabei ist alles so einfach! Mit dem Strom aus Kernkraftwerken für ca. 20 Cent/kWh kann der geplante Gewinnwachstum in den vier Weltenergiekonzernen auf der Basis des angehäuften riesigen Kapitals nicht realisiert werden. Nur durch die Umsetzung der „Neuen Energiepolitik“ ist es überhaupt möglich, die Strompreise im nächsten Jahrzehnt auf 40 bis 50 Cent/kWh anzuheben. Dabei wird auch in Kauf genommen, dass französischer Strom aus Kernkraftwerken über das europäische Verbundnetz als so genannter „grüner Strom“ dem deutschen Kunden für hohe Preise verkauft wird.
7. Der Ausstieg Deutschlands aus der Kernenergie ist ein wissenschaftlich-technisches Fiasko und wird sich in den kommenden Jahrzehnten als ein schwerer Fehler erweisen. Bis zum Jahre 2020 werden in der Welt ca. 200 hochmoderne und sehr sichere Kernkraftwerke gebaut. An der Entwicklung und an dem praktischen Einsatz von neuen Verfahren und Technologien für die Aufbereitung und den Wiedereinsatz von Kernbrennstäben wird weltweit gearbeitet. Erste Lösungen sind bereits in Sicht! In unserem Nachbarstaat Frankreich werden 72% der Elektroenergie in Kernkraftwerken erzeugt.
8. Niemand ist gegen den sinnvollen Einsatz der Windkraft für die Stromgewinnung. Wer jedoch versucht die gesamte Grundlast und Spitzenlast in Deutschland durch den Einsatz

von Windkraftanlagen zu substituieren, der weiß nicht wovon er spricht.

Wenn der Wind nicht weht, dann gibt es auch keinen Strom. Das ist sicher allen klar! Wie die Praxis zeigt, steht der erforderliche Strom an extrem kalten Wintertagen, d.h. in den Spitzenzeiten, in der Regel nicht zur Verfügung, bzw. nur dort, wo er nicht gebraucht wird. Deshalb wollen die Netzbetreiber (E.ON, RWE, Vattenfall Europe und EnBW) in den nächsten Jahren ihr angehäuften Kapital für den Bau neuer riesiger Netze einsetzen. Auch in diesem Fall trifft die bereits o.g. Aussage voll zu: „Wer die Netze besitzt, der besitzt auch die Energieversorgung!“. Auf den Punkt gebracht heißt das:

„Die Energiekonzerne werden ihr riesiges, aus der „Daseinsvorsorge“ gepresstes Kapital für den massiven Ausbau der Stromnetze einsetzen und auf diesem Wege durch noch höhere Profitraten für den „grünen Strom“ ihre wirtschaftliche und politische Macht weltweit ausbauen.“

9. Eine Speicherung des in Windkraftanlagen erzeugten Stroms – von vielen Pseudofachleuten und Politikern dem Volk versprochen – ist nicht möglich. Gegenwärtig ist kein physikalisches Prinzip bekannt, auf dessen Basis eine bezahlbare Realisierung überhaupt denkbar wäre (siehe <http://www.alt.fh-aachen.de>).
10. Das hohe Risiko der Stromversorgung mit Windkraftanlagen führt dazu, dass zur Sicherung der erforderlichen Grundlast und Spitzenlast auch künftig viele klassischen Kraftwerke (Kohlekraftwerke, Gasturbinenkraftwerke, Kernkraftwerke u.a.) im so genannten Warmhaltebetrieb laufen müssen. Jeder Fachmann weiß, dass diese Betriebsweise mit Kosten verbunden ist, welche den spezifischen Preis für den „grünen Strom“ weiter in die Höhe treibt.
11. Ohne Zweifel haben Windkraftanlagen auch negative Auswirkungen auf den Menschen und unsere Umwelt. Genannt seien an die Stelle die offensichtliche Entfremdung und Verunstaltung des Landschaftsbildes, die Vernichtung von wertvollen Wäldern, Naturschutz- und Erholungsgebieten, die Verdrängung und Vernichtung von Vögeln und Wildtieren aus unserem Lebensraum. Bewiesen ist inzwischen auch der negative Einfluss des Infraschalls (Lärmemission der Windkraftrotoren) auf Mensch und Natur.
12. Tatsache ist auch, dass mit dem Bau jeder weiteren Windkraftanlage, Photovoltaikanlage und Transportleitung für den Stromtransport die Strompreise für den Kunden weiter steigen werden, die Stromversorgung nicht sicherer und – durch die Abschaltung der Kernkraftwerke – die Umwelt auch nicht CO₂-ärmer, sondern wieder CO₂-reicher wird. Selbst in 100 Jahren können Hunderttausende Windkraftanlagen in einer beliebigen Größenordnung die Wettbewerbsvorteile von Kohle- und Kernkraftanlagen nicht erreichen (siehe <http://www.alt.fh-aachen.de>). Wer spricht da noch über einen fairen Wettbewerb?

Die Linken haben Recht, der wirtschaftliche und politische Unsinn der „Neuen Energiepolitik“ ist durch nichts mehr aufzuhalten. Es geht um viel Geld, um viele hunderte Milliarden Euro! Es geht um riesige Profite! Die Profiteure sind nicht die Bürger, sondern die großen Konzerne und ihre Lobbyisten. Warum haben sich die Linken für diesen Unsinn engagiert? Warum schwafeln sie über die Einbeziehung der „betroffenen“ Bürgerinnen und Bürger und über den Dialog mit den Investoren im Energiebereich? Warum suchen sie die „Akteure“ der Energiewende dort, wo sie gar nicht sind? Wer bestimmt denn die Zielwerte und Zielrichtung der Energiewende? Sicher nicht die Kommunen! Sie haben ihr Amt für die Daseinsvorsorge der Bürgerinnen und Bürger an skrupellose Unternehmen verkauft und damit ihr Ansehen schon längst verloren. Die neuen Allgemeinen Geschäftsbedingungen der E.ON Energie Deutschland GmbH beweisen, die Daseinsvorsorge für den Bürger wurde endgültig abgeschafft.

Die Linken setzen sich für die Rekommunalisierung des Wandlitzsees ein? Wie? Mit welchen Mitteln? Etwa durch Änderung der Verfassung?

Werbung für die Freizeit- und Tourismusregion Barnim

Schon die geografische Lage unseres Landkreises macht den Barnim zu einer Freizeit- und Erholungsregion für die Hauptstadt und andere Besucherinnen und Besucher des Landkreises. Mit dem Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin, dem Schiffshebewerk Niederfinow, dem Choriner

Kloster, dem Wildpark Schorfheide, dem Wildpferdepark, dem Okodorf Brodowin, der historischen Stadtmauer Bernau, dem Naturpark, dem Eberswalder Zoo und Familiengarten, dem Geopark, dem Regionalpark Barnimer Feldmark aber auch den zahlreichen Seen im Barnim haben wir das natürliche Angebot zum Wohlfühlen. Die Übernachtungsmöglichkeiten für die unterschiedlichen Preissegmente gilt es dem anzupassen und gezielt das tourismusrelevante Dienstleistungspersonal dafür auszubilden. Bei der weiteren Nutzung und Entwicklung der touristischen Potenziale (?) unseres Landkreises sehen wir noch Nachholbedarf, bei deren Erschließung eine weitere Reduzierung der Arbeitslosigkeit, die insbesondere in den strukturschwachen Gebieten unseres Landkreises erreicht werden kann.

Das ist doch nichts weiter als eine touristische Beschreibung des Barnim – Kreises!

Barnim-Uckermark

Die regionale Planungsgemeinschaft Barnim-Uckermark muss einen wachsenden Stellenwert bei der Konzipierung von Entwicklungskonzepten der einzelnen Teilräume unserer Region, auch gegenüber der gemeinsamen Landesplanung Berlin-Brandenburg und den Landkreisen, erhalten. Die Region Barnim-Uckermark, zudem natürliche Tangente zur polnischen Region um Slubice und Szczecin, verfügt über industrielle, naturräumliche und kulturhistorische Potenziale (?), die es für eine eigenständige Regionalentwicklung zu nutzen gilt. Das ist aber nur dann möglich, wenn die regionale Planungsgemeinschaft Barnim-Uckermark in die Lage versetzt wird, diese auch miteinander zu vernetzen. Das schließt ein, dass es eine gemeinsame Aufgabe der Planungsregion ist, dies im Gesamtkonzept der Regionalentwicklung zu berücksichtigen und Synergieeffekte für die Gesamtregion zu entwickeln bzw. zu nutzen. Die naturräumlichen Gegebenheiten der Region und deren weitere wirtschaftliche, landwirtschaftliche und touristische Erschließung von Nationalpark über Biosphärenreservat bis hin zu den Natur- und Regionalparks gilt es in das Gesamtkonzept der Regionalplanung stärker einzubeziehen. Dabei müssen wir den kulturhistorischen Denkmälern als Alleinstellungsmerkmale der Region eine herausgehobene Bedeutung zuweisen, die es insbesondere bei der Weiterentwicklung der Marketingstrategie stärker zu nutzen gilt.

Wenn das die Wähler der Linken verstehen, bitte sehr! Welchen Standpunkt haben die Linken zu den kapitalistischen Marketingstrategien? Wissen sie überhaupt was das ist? Wahrscheinlich nicht!

Verwaltungen modernisieren und Bürgernahe sichern

Wir wollen sichern, dass sich die Verwaltungen noch konsequenter zu ihrer Dienstleistungsfunktion gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern bekennen und alle modernen Möglichkeiten erhalten, um als solche agieren zu können. Deshalb setzen wir uns für eine ständige Überprüfung und Anpassung des Aufgabenkatalogs der Verwaltung entsprechend den sich verändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ein. Die Anpassung ihrer Strukturen ist dabei kein Selbstzweck. Vielmehr muss es um die Gewährleistung einer öffentlichen Kontrolle durch konsequente Sicherung des Informations- und Akteneinsichtsrechtes für Bürgerinnen und Bürger, eine moderne Verwaltung, die kurze Wege durch die Einrichtung von Bürgerbüros und konsequenten Ausbau von Internetportalen schafft, sowie eine radikale Beschleunigung von

Verwaltungsabläufen garantiert, gehen. Ein **Petitionsausschuss im Kreistag** ist für uns ein geeignetes Mittel, um Beschwerden und Anregungen schneller aufzunehmen und politische Lösungen zu finden. Für uns ist eine Verwaltungskultur, in der Vorschläge, Anregungen und Ideen aus der Bevölkerung als willkommene Handlungsimpulse wahrgenommen werden, das Ziel unserer Arbeit.

An dieser Stelle sehe ich mich leider gezwungen, das zu wiederholen, was ich bereits 2012 und unter dem Pkt. „Natur & Umwelt“ (siehe oben!) geschrieben habe.

Hier irren sich die Linken des Barnim-Kreises gewaltig! Solange sich die Daseinsvorsorge in den Händen skrupelloser und profitgieriger Aktionäre und Unternehmen befindet, die jedes Jahr die Preise für Strom, Gas, Wasser, Mieten, Verkehr, Gesundheit und für soziale und kulturelle Leistungen erhöhen, werden die Kommunen für ihre Leistungen (Information, Akteneinsicht, Schlichtung von Streitfällen, Ausbau von Radwegen usw.) bei der großen Mehrheit der Bevölkerung nicht die Anerkennung erheischen, die sie erwarten. Die wichtigsten Elemente der Daseinsvorsorge, die gesetzmäßig in die Hände der Kommunen gehören und mit denen sie ein sinnvolles, würdiges und menschliches Leben ihrer Bürgerinnen und Bürger sichern können, haben sie an skrupellose und profitgierige Unternehmen verkauft. Die neuen Allgemeinen Geschäftsbedingungen der E.ON Energie Deutschland GmbH beweisen, die Daseinsvorsorge für den Bürger wurde endgültig abgeschafft

(siehe http://www.dr-schacht.com/Die_Daseinsvorsorge_wurde_endgueltig_abgeschafft.pdf)

Wir laden ein

Wir haben den Anspruch, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und Unternehmen Antworten zu finden, wie sich unsere Vorstellungen für einen lebens- und liebenswerten Barnim erfüllen können, welche Ideen Sie haben, welche Schwerpunkte Sie sehen und was wir gemeinsam dazu leisten müssen. Wir wollen uns der Herausforderung stellen und begreifen dieses Leitbild als Ideengeber für die weitere Stärkung der kommunalen Solidarität unserer Gemeinden für einen starken und leistungsfähigen Landkreis.

Unser Ziel ist **es**, die gleichberechtigte Teilhabe aller Barnimerinnen und Barnimer in allen Lebensbereichen zu ermöglichen und wir wissen, das geht nur durch eine selbstbewusste, demokratische und offene Gesellschaft. Dies ist für uns der Schlüssel für einen zukunftsfähigen Landkreis, in dem es sich auch in fünfzig Jahren noch zu leben lohnt.

Wandlitz, den 28. November 2013

gez. Dr. Schacht